

Ausführlicher Tagungsbericht zur Herbsttagung des Politischen Clubs an der Evangelischen Akademie Tutzing vom 15.-17.11.2019.

Titel: „30 Jahre friedliche Revolution ... in Erinnerung, in Kritik und Debatte heute“

Die Revolution des langen Atems

Was vor 30 Jahren in der DDR passiert ist, war unberechenbar, unvorhersehbar und in der Konsequenz abrupt. Erstaunlich ist: So schnell wie der Umbruch und schließlich der Untergang der DDR vor sich gingen, so komplex, langwierig und nicht immer eindeutig ist die Vorgeschichte.

Die Wegbereiter der Revolution 1989 in der DDR hatten schon Jahre zuvor die Saat gesetzt, vielerlei Umstände wirkten wie Katalysatoren und fälschlicherweise wird heute im öffentlichen Diskurs Einheit und Mauerfall oft gleichgesetzt – in diesen Punkten waren sich die Teilnehmenden und Referierenden der Herbsttagung des Politischen Clubs nahezu einig. Stoff für Diskussionen gab es trotzdem, etwa über die Frage, ob ein „dritter Weg“ im späteren Einigungsprozess eine Chance gehabt hätte – und wenn, unter welchen Umständen? Und kann man eigentlich von einer „protestantischen Revolution“ sprechen? Unter dem Titel „30 Jahre friedliche Revolution ... in Erinnerung, in Kritik und Debatte heute“ begab sich der Politische Club am Wochenende vom 15. bis 17. November auf Spurensuche und lud zur Debatte mit Wissenschaftlern und Zeitzeugen.

Dass die Öffnung der Mauer am späten Abend des 9. November 1989 so schnell, nämlich ein knappes Jahr später, am 3. Oktober 1990 zur deutschen Einheit führte, war zum Zeitpunkt des Mauerfalls nicht abzusehen. Zu überrumpelt waren sowohl Staat als auch Volk und Nachbar. Jedoch zeigten veränderte Spruchbänder auch den Diskurswechsel: aus „Wir sind das Volk“ wurde die Forderung „Wir sind *ein* Volk“. Der Mauerfall eröffnete die Debatte über die Einheit, manch Referenten der Tagung zum Erstaunen, mancher wunderte sich keineswegs darüber.

Auf diese Tagung habe er sich ganz besonders gefreut, sagte Akademiedirektor Udo Hahn in seiner Begrüßung, sowohl weil er viele persönlichen Erinnerungen und Verbindungen zu Menschen aus dieser Zeit ziehe, aber auch des Ur-Themas an sich wegen. „Es geht um Freiheit“, sagte Hahn. Das Thema habe an Aktualität nichts eingebüßt. Heute ginge es darum, sich ihrer bewusst zu sein und sie zu verteidigen.

1. Begrüßung und Einführung

Dr. Wolfgang Thierse

„Wo waren Sie, als die Mauer fiel? Was haben Sie damals gemacht?“ Fragen wie diese ärgern Wolfgang Thierse, erzählte er in seiner Einleitung. Der Grund dafür: Diese Fragen machen glauben, der Mauerfall habe keine Vorgeschichte gehabt – dabei sei das Gegenteil der Fall. Die Freiheit damals, so sagte es der Leiter des Politischen Clubs und frühere Bundestagspräsident Thierse, sei „hart errungen“ gewesen. Der Mauerfall sei weit mehr als die Vorgeschichte der Deutschen Einheit.

Er erinnerte an die Revolutionen, die es in den Jahrzehnten zuvor im Ostblock gegeben hatte und die blutig niedergeschlagen wurden: den Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, die Aufstände in Polen und Ungarn 1956, den Prager Frühling im Jahr 1968, die Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980. Hinzu kam der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, der eine Zäsur darstellte. Was den Mauerfall so besonders mache, sei der Fakt, dass er unblutig abgelaufen sei und weltweit mit Sympathie begleitet wurde.

Die Geschichte der DDR sei auch eine Geschichte der Niederlagen gewesen, so Thierse. Unter den DDR-Bürgern sei schließlich ein „Mut der Verzweiflung“ entstanden, der durch Michail Gorbatschows Reformpolitik beflügelt wurde. Thierse beschrieb die Geschehnisse vor dreißig Jahren in der DDR als den Moment, als „Ostdeutsche ihre Sprache wiederfanden“.

Thierse beschreibt einen Stimmungswandel zum 30. Mauerfalljubiläum. Zum 20. Und auch 25. Jahrestag habe er eine positivere Stimmung wahrgenommen. Nun sei die Stimmung kritischer, die Töne seien unzufriedener. 30 Jahre „danach“ sei noch nah genug dran, dass sich die Zeitzeugen lebhaft erinnern. Es sei zugleich „fern“ genug, um einen solchen Stimmungswandel auszumachen.

Es gebe darüber hinaus Unstimmigkeiten über die Begrifflichkeiten. War das, was sich im Herbst 1989 in der DDR vollzog und zum Fall der Berliner Mauer führte eine „Revolution“? Oft werde das Wort „Wende“ für den Umbruch verwendet. Es gehe auf eine Rede des früheren Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz zurück, der Erich Honecker im Oktober 1989 ablöste und der damit eine andere Wende gemeint hatte, als die, die sich schließlich vollziehen sollte. Thierse verwendet das Wort aus diesem Grund nicht, erkennt aber an, dass es sich im allgemeinen Sprachgebrauch durchgesetzt habe.

Eine weitere Frage stellt sich Thierse: Wie lange werde man eigentlich noch von *dem Osten* und *dem Westen* sprechen? Was bleibt noch zu tun, bis sich die innere Einheit Deutschlands vollzogen hat?

2. Ein jähes Ende – warum und mit welchen Folgen verschwand die DDR?

Vortrag von Prof. Dr. Dieter Segert

Der Politikwissenschaftler Dieter Segert war SED-Mitglied und gehörte 1989 einer Reformgruppe innerhalb der Partei an. In seinem Vortrag widmete er sich vier Fragestellungen:

- Was war die DDR? Warum ist sie innerhalb kurzer Zeit zusammengebrochen?
- Dynamik, Schwerpunkte und Akteure der jeweiligen Proteste in der späten DDR
- Streit um den Weg zur deutschen Einheit und die scheinbare Alternativlosigkeit des Beitritts nach Artikel 23 GG
- Einige Folgen des Verschwindens der DDR. Was wirkt am stärksten nach – Die mentalen Prägungen der DDR oder/und die Folgen der ostdeutschen Transformation.

Segert beschreibt eine spezifische gesellschaftliche Form in der DDR: den Staatssozialismus (Begriffsvariante des Sozialismus, die sich auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel und des politischen Monopols bezieht). Die DDR sei freilich eine Diktatur gewesen. Innerhalb des Staates habe ein Institutionengebilde die Gesellschaft regiert (mehr als nur eine durchherrschte Gesellschaft).

Der Arbeiter war in der DDR besonders präsent. Segert erwähnte an dieser Stelle den Begriff der „arbeiterlichen Gesellschaft“ (Wolfgang Engler). Demnach hatten die Arbeiter zwar nie die politische

Macht, aber besonderen sozialen und kulturellen Einfluss. (vgl. Engler: „Auf Arbeiter, die in den Augen der anderen denselben hohen Rang einnahmen, den sie sich selbst beimaßen, traf man nur in den arbeiterlichen Gesellschaften Ost-Mittel-Europas. Das hatte es in der Geschichte noch nicht gegeben.“) Kulturell, so Segert, sei die DDR „ein Land der kleinen Leute“ mit einer weitgehend homogenen Gesellschaft gewesen. Der Autor Jens Bisky habe deren Charakter einmal mit „proletarischer Kleinbürgergesellschaft“ beschrieben. Eine Besonderheit, so Segert, seien jedoch die vielfältigen privaten Nischen gewesen (vgl. Roman „Kruso“ von Lutz Seiler), in denen die Menschen innerhalb der Mangelgesellschaft lebten. Aus staatlicher Perspektive sollte der „Realsozialismus ein bloßer Übergang (und damit Voraussetzung) für den Kommunismus sein. Die Devise lautete „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“

Ab den 1960er Jahren, so Segert, habe es einen Übergang zum „Konsumsozialismus“ gegeben, der sich am reicheren Konsum orientierte, durch die begrenzten Lebensmöglichkeiten aber ein „gesellschaftliches Spannungsfeld“ geschaffen habe. Zu wenige Reformen wurden umgesetzt, der Druck auf die Oberen stieg. Segert betonte, der Umbruch sei nicht dem Unwillen Einzelner entsprungen, sondern durch eine Vielzahl von Umständen, die zu Spannungen geführt habe.

Zu Dynamik, Schwerpunkten und Akteuren der jeweiligen Proteste in der späten DDR: Die Unzufriedenheit über die begrenzten Lebensmöglichkeiten hinsichtlich Konsum- und Bewegungsfreiheit habe vor allem ambitionierte Menschen getroffen. Segert: „Diejenigen, die etwas mehr wollten, wurden am meisten gehemmt.“ Die Staatsregierung reagierte darauf mit Liberalisierung und Willkür.

1975 wurde die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Für die DDR-Bürger bedeutete das auch: mehr Reisefreiheit. Hinsichtlich der Bewilligung von Reiseanträgen handelte die Regierung willkürlich. Das Gleiche galt auch bezüglich der Bewilligung von Ausreiseanträgen, die sich ab den 1980er Jahren immer mehr häuften. Innerhalb der Gesellschaft wurde das zum Beispiel sichtbar an den weißen Bändchen, die sich Ausreisewillige an die Autoantennen banden.

Durch die neu entstandenen Möglichkeiten, ins kapitalistische Ausland zu reisen (wenn es denn bewilligt wurde), sei es zu, so Segert „elementaren Systemvergleichen“ gekommen. (Vgl. auch Buch „Das 41. Jahr: Eine andere Geschichte der DDR“ von Dieter Segert)

Hinsichtlich der Akteure des Wandels machte Segert drei Phasen aus. In der ersten Phase haben die Spannungen innerhalb der Mangelgesellschaft zu einer größeren Fluchtwelle geführt, insbesondere in den 1980er Jahren. Oppositionsgruppen gründeten sich, viele innerhalb der Kirchen. Im Sommer 1989 spitzte sich die Entwicklung zu, weitere Akteure kamen hinzu, auch Reformgruppierungen innerhalb der SED, die für einen „3. Weg“ eintraten. Sowohl die Ausreisewilligen als auch die Oppositionsgruppen begannen, „Druck von unten“ aufzubauen und Reformen, zu fordern. Die Forderungen brachen sich Bahn in den Demonstrationen, die im September 1989 in Leipzig begannen (im Anschluss an Friedensgebete in den Kirchen) und sich schnell im gesamten Gebiet der DDR ausbreiteten. In der von Segert festgestellten dritten Phase – nach der Öffnung der Mauer, ab Winter 89/90 – habe die Hoffnung auf Wiedervereinigung im Diskurs der Demonstrationen zunehmend den größten Raum eingenommen.

Der Mauerfall öffnete damit eine neue Etappe des politischen Wandels: Den Diskurs und Disput über die Wiedervereinigung Deutschlands. Treibender Akteur für die Wiedervereinigung sei, so Segert, der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl gewesen. Im März 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen in der DDR statt – und zugleich die letzten zur Volkskammer. Zwölf neue Gruppen fanden ihren Weg ins Parlament. Über die Beitrittsmöglichkeiten zur BRD bestand Uneinigkeit –

zugleich stieg der Druck. Die Auswanderungsbewegung aus der DDR in die BRD war nach wie vor nicht gestoppt und bedrohte die Handlungsfähigkeit von Betrieben und Infrastruktur. Auf den Demonstrationen wurde skandiert: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“

Segert beklagt die Ablehnung eines Überbrückungskredits seitens der BRD-Regierung während des Besuchs einer DDR-Regierungsdelegation im Februar 1990 in Bonn. Darüber hinaus sei die von Helmut Kohl am 20.02.1990 verkündete Absicht einer Wirtschafts- und Währungsunion eine einseitige Initiative gewesen. Weiterer Punkt, der die Einheit begünstigt habe: der Bruch der Großen Koalition der Regierung De Maizière im Juli/August 1990 und die Entlassung der Minister für Finanzen, Wirtschaft und Landwirtschaft durch den Ministerpräsidenten sowie das nachfolgende Ausscheiden aller SPD-Minister.

Segert sieht unter den DDR-Bürgern eine Motivation für den schnellen Einheitsprozess im direkten Vergleich der Konsumgesellschaften – sowie Helmut Kohl als treibende Kraft. Segert ist überzeugt: „Die politische-naive Ungeduld der DDR-Bürger wäre formbar gewesen“. Die Menschen in der DDR hätten die Tragweite der Einigung nicht erfassen können, sie hätten geschult werden müssen, ist Segert überzeugt („Demokratie ist mehr als die Teilnahme an Wahlen.“). Die Folgen dieser Überforderung der DDR-Bevölkerung sei bis heute zu sehen.

Mit dieser These trat Segert am Auftaktabend der Tagung eine rege Diskussion mit dem Publikum los. Auch glaubt er, dass ein langsamerer Einheitsprozess möglich gewesen wäre und zeigt sich als Verfechter eines dritten Wegs: neben Angliederung an die BRD und Aufrechterhalten der DDR. In der anschließenden Diskussion hält Wolfgang Thierse dagegen und verweist auf die ruinöse Bilanz der DDR-Wirtschaft, wie sie im „Schürer-Bericht“* festgehalten sei.

*(***Wikipedia:** Paul Gerhard Schürer (* 14. April 1921 in Zwickau; † 22. Dezember 2010 in Berlin) war ein deutscher Politiker (SED). Er war von 1965 bis 1989 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED. Schürer-Bericht: Gemeinsam mit Gerhard Beil, Ernst Höfner, Arno Donda und Alexander Schalck-Golodkowski verfasste er die Politbürovorlage „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“ für die Politbürositzung vom 30. Oktober 1989, die vom Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz in Auftrag gegeben worden war. In der Vorlage wird aus der hohen Staatsverschuldung gegenüber den westlichen Ländern die unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR gefolgert. Die Aussagen zur Devisenverschuldung (Auslandsverschuldung) und zur Zahlungsfähigkeit der DDR wurden in späteren Veröffentlichungen relativiert. Die Devisenliquidität war 1989 nach den Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Bundesbank tatsächlich vorhanden. Wie die Bundesbank in ihrem Sonderbericht 1999 feststellte, betrug 1989 – unter Berücksichtigung aller Liquiditätsreserven – die Netto-Auslandsverschuldung der DDR 19,9 Milliarden [Valutamark](#) (VM). Entsprechend den damaligen SED-Beschlüssen sind aber diese Guthaben, vor allem die des weitverzweigten Bereiches Kommerzielle Koordinierung (KoKo) als „Devisenausländer“, nicht mit in die Bilanz der Politbürovorlage eingeflossen, wie Schürer in späteren Veröffentlichungen ausführte.)*

3. Was motivierte und bewegte die Oppositionsgruppen/die Bürgerbewegungen, was waren ihre Ziele, was haben sie erreicht?

Vortrag Prof. Dr. Jens Reich

Der Mediziner und Molekularbiologe, der zur Wendezeit als Bürgerrechtler in Erscheinung trat und das Neue Forum mitgründete und auch unter dem Pseudonym „Thomas Asperger“ veröffentlichte, sprach auf der Tagung davon, dass es schon immer diesen „Elefanten im Raum“ gegeben hatte, über den in der DDR niemand gesprochen habe, weil das Thema ein Tabu war: die ungelöste deutsche Frage. Diese Frage hätte völlig losgelöst von Wirtschaft und Konsummöglichkeiten im Raum gestanden.

Reich schildert eine Situation, die diesen „Elefanten im Raum“ beschreibt.

Im Jahr 1982 feierte der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker öffentlich Erfolge: Zehntausende Plattenbauten, die er an das Volk überreichte, 20.000 Volkswagen und 15.000 Mazdas für die DDR-Bürger. Es seien Investitionen gewesen, die das Volk besänftigen sollten, aber „die dann in Leuna fehlten“, so Reich.

Vor diesem Hintergrund erinnert er sich an einen Besuch im Metropoltheater im Berliner Admiralspalast. Es gastierte eine Theatergruppe aus Italien: Giorgio Strehler aus Mailand und seine Truppe spielten „Der gute Mensch von Sezuan“. Die Rolle der Shen Te habe Strehlers Ehefrau, die Schauspielerin Andrea Jonasson, gespielt. Reich erinnert sich an den Moment, in dem Shen Te am Ufer eines Wassers den „Inneren Monolog“ über die Begrenztheit der eigenen Güte gehalten habe („Je mehr ich anderen gebe, desto selbstverständlicher sehen sie meine guten Taten.“) – und zwar nicht auf Italienisch, wie gedacht, sondern auf Deutsch. Dieser Moment habe eine hohe emotionale Wucht entfaltet und elektrisierend auf das Publikum gewirkt. Und plötzlich sei er wieder da gewesen, der „Elefant im Raum“, der viel wichtiger als Wirtschaft und Konsum gewesen sei!

(Reich bezieht sich hier, ohne es explizit zu sagen, auf die vorangegangene Kontroverse mit Segert, der die Motivation für die Wiedervereinigung vor allem in den Konsummöglichkeiten des Westens sah).

Die ganze DDR-Zeit sei eine „vor sich hindümpelnde Revolution“ gewesen, so sieht es Reich. Nach den Unruhen vom 17. Juni 1953 und dem Mauerbau am 13. August 1961 habe nach dem Schock Resignation geherrscht. Nach dem Prager Frühling 1968 habe sich auch in der ČSSR stumme Resignation verbreitet. Eine Beruhigung sei erst durch „diese merkwürdige Brandt-Bahr-Politik“ (Wandel durch Annäherung, Anm. d. Red) eingetreten, die in das Helsinki-Abkommen 1975 mündete. In den darauf folgenden Jahren habe sich langsam Opposition geregt. Auch nach dem Helsinki-Abkommen seien die Repressionen weitergegangen – allerdings mit „Luftlöchern“. Die Menschen hätten vor der Wahl gestanden: Rückzug ins Private, Ausreiseantrag oder offensiv: Flucht. Insgesamt habe Helsinki ein „extremes Mobilisierungspotenzial“ gehabt. Eine große Kraft ging so auch von der Solidarnosc-Bewegung in Polen aus. Unter den Oppositionsgruppen der DDR habe es aber Angst vor Austausch untereinander gegeben, so Reich und fügt hinzu: „In diesen Jahren war es politisch klug, naiv zu sein.“

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 habe der DDR einen „Knacks“ zugefügt, Reich bezeichnet die Ausbürgerung als „1. Sargnagel der DDR“

Während der gesamten DDR-Zeit sei das Thema Wiedervereinigung Tabu gewesen. Dass sie letztendlich doch möglich wurde, sei Gorbatschow zu verdanken.

4. Eine protestantische Revolution

Erinnerungen von Zeitzeugen

Podiumsgespräch mit Harald Bretschneider, Dr. Hans-Jürgen Misselwitz und Frank Richter

Ein weitere zentrale Frage der Tagung war: Kann man von einer „protestantischen Revolution“ sprechen, wenn von der friedliche Revolution 1989 die Rede ist? Podiumsgäste Harald Bretschneider, Frank Richter und Hans-Jürgen Misselwitz waren sich einig: „Vom Himmel gefallen ist sie nicht“. Sie gaben der Kirche eine tragende Rolle bei dem Umbruchsprozess, der die DDR zum politischen Einsturz brachte. Für Thierse wird dieses Engagement in der Geschichtsschreibung heute zu wenig gewürdigt und beachtet.

Allein auf den kirchlichen Kontext bezogen ist die Vorgeschichte der Oppositionsgruppen vielschichtig. Mehrere Faktoren kamen zusammen: die ideologische Unterdrückung des Glaubens im sozialistischen System, die große Benachteiligung von Kirchenmitgliedern, vor allem, was berufliche Perspektiven betraf, pazifistische Überzeugungen und die persönlichen Folgen für Kriegsdienstverweigerer, die Friedensbewegung im Angesicht atomarer Bedrohungen sowie auch die großen Umweltprobleme des Landes, auf die die kirchlichen Gruppen aufmerksam machten.

Eine große Welle trat etwa der damalige Jugendpfarrer Harald Bretschneider los, als er 1980 die „Friedensdekade der Kirchen“ in Sachsen ins Leben rief. Er ließ Lesezeichen aus Stoff fertigen und druckte darauf ein Bibelzitat des Propheten Micha: „Schwerter zu Pflugscharen“. Dieses Lesezeichen verteilte er in den Jungen Gemeinden, über deren Mitglieder die Lesezeichen in die Schulen gerieten. Aus den Lesezeichen wurden alsbald Aufnäher – und diese wurden zum Symbol einer Friedensbewegung. Das Logo: die Abbildung des Denkmals des sowjetischen Bildhauers Jewgenij Wutschetitsch, das einen Mann zeigt, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet. Bretschneider sagte auf der Tagung, diese Initiative hätte „den Bürgermut wachsen“ lassen, weil sie bald im ganzen Land bekannt war. Der Minister für Staatsicherheit Erich Mielcke reagierte darauf mit Härte: ab 1982 begann eine Hetzjagd auf Jugendliche. Es sei dem „wunderbaren Zusammentreffen geschichtlicher Ereignisse“ zu verdanken, dass es einige Jahre später zum Umbruch in der DDR kam, so Bretschneider. Die wesentliche Rolle der Kirchen sei hierbei gewesen, dass sie einen Schutzraum für all diejenigen bot, die in Bedrängnis geraten waren.

Bretschneider selbst beschrieb auf der Tagung drei ihn für das Leben prägende Momente: den brennenden Himmel über Dresden, den er als kleines Kind im Februar 1945 gesehen habe; die Erinnerung an die russischen Panzer in seinem Dorf, bei denen einer es mal nicht um die Kurve geschafft und für Verwüstung gesorgt habe; sowie die Werbung der NVA (Nationalen Volksarmee) zum Wehrdienst, als er Schüler der 11. Klasse war und er sich verweigerte, was monatelange Druckausübung seitens des Schuldirektors zur Folge hatte. Neben dieser persönlichen Prägungen sei auch die atomare Aufrüstung in den 1980er Jahren für ihn Motor gewesen, sich für den Frieden zu engagieren.

Bevor er die „Friedensdekade der Kirchen“ ins Leben rief, habe er die Hilferufe der Jugendlichen gehört, die zur Armee eingezogen werden sollten und das nicht wollten. Die sich darüber hinaus Sorgen um die Zukunft machten und fragten: „Wie wollen wir leben?“ Haltung konnte in dieser Situation nur zum Ausdruck bringen, wer sich schließlich zu den „Bausoldaten“ meldete. Doch auch von den insgesamt 25.000 Bausoldaten seien letztendlich 15.000 eingezogen worden.

Hans-Jürgen Misselwitz, der als Theologe den Friedenskreis Pankow gründete und die DDR-Delegation bei den 2+4-Gesprächen leitete, sieht die Revolution 1989 klar als „Teil eines christlichen Auftrags“ und die Ursprünge als viel weiter zurückliegend. Für den Zusatz „protestantisch“ gebe es durchaus Begründungen. Eine liegt darin, dass der größte Teil der Kirche in der DDR protestantisch war – ganz im Gegensatz zu den restlichen Ländern des Ostblocks, in denen die Kirchen katholisch bzw. orthodox geprägt waren.

Auch er erzählte eine persönliche Geschichte auf der Tagung, die ihm später politischen Antrieb geben sollte. Als studierter Biologe und Biophysiker hatte er von 1974 bis 1981 eine Stelle als Biochemiker am Zentralinstitut für Herz-Kreislaufforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Buch und an der Humboldt-Universität. Anfang der 1980er Jahre erhielt er einen „Einberufungsbefehl M“ der NVA. Das „M“ bedeutete Mobilmachung. Er erhielt den Befehl während die polnische Regierung das Kriegsrecht beschlossen hatte. „Das war für mich ein Grenzpunkt“, sagte Misselwitz auf der Tagung. Er wollte nicht einer möglichen, zukünftigen Okkupationsmacht in Polen angehören – auch vor dem Hintergrund, dass sein Vater 1939 für Deutschland in Polen einmarschiert sei. Er verweigerte beim Wehrkreiskommando den Einberufungsbefehl, verlor daraufhin seine Arbeitsstelle an der Humboldt-Universität und beschloss daraufhin, Theologie zu studieren. Theologie habe er von Anfang an auch als „politisches Amt“ verstanden. Kurz darauf habe er den Friedenskreis Pankow gegründet.

Misselwitz ging auf den Protestantismus ein. Es sei in der DDR ein „Protestantismus in den Farben der DDR“ gelebt worden, der entweder Anpassung oder offenen Konflikt mit dem System bedeutete. Lange habe eine säkular-protestantische Mentalität vorgeherrscht, in der Widersprüche von den Menschen hingenommen und ausgehalten worden seien. Mit dem Verfall arbeitgesellschaftlicher Werte sei es schließlich zur Umwälzung gekommen. Lohn, Arbeit, Arbeitsmoral – diese Werte hätten nicht mehr zusammengepasst. Die Menschen hätten einen prägenden Vertrauensbruch wahrgenommen und zunehmend die Gewissensfrage gestellt: „Kann ich das noch unterstützen?“. Der Umbruch sei aus der Gesellschaft heraus gewachsen. Misselwitz fasste auf den Protestantismus gerichtet zusammen: „Der protestantische Sozialismus wurde vom demokratischen Protestantismus entmachtet.“

Dass den Kirchen aber eine Schlüsselrolle zugekommen sei, darüber bestand Einigkeit – bei allen drei Rednern des Podiums. Vor und während des Umbruchs und der Demonstrationen seien der Kirche 1989 gleich mehrere Funktionen zugekommen: sie bot sowohl Schutzraum für Bedürftige als auch Freiraum für nicht-staatssystemkonforme Ideen und Bewegungen, sah sich darüber hinaus als Vermittler. Misselwitz sagte, die Kirche sei als „Katalysator des Machtwechsels“ zu sehen, weil sie den ideologischen Gegenpol zum Alleinverteileranspruch der Partei darstellte.

Unter dem Dach der Kirchen konnte Neues entstehen. Misselwitz sprach von „zivilgesellschaftlichen Arrangements“, die verstärkt wurden durch Menschen, die zum ersten Mal in die Kirche/n kamen. Diese Gruppierungen seien auch eine Chance gewesen, denn sie hätten die Kirche selbst missioniert und sie (noch mehr) mit gesellschaftlichen Realitäten konfrontiert.

Misselwitz verwies auf Bonhoeffers Konzept der „Kirche für andere“, „Sprachschule für die Freiheit“ (Rüdiger Schloz, Ernst Lange) sowie auf Paolo Freires Schriften zur „Pädagogik der Unterdrückten“ mit Konzepten, die Kultur des Schweigens zu durchbrechen. Alle diese genannten Schriften leisteten

Vorarbeit hinsichtlich des Anliegens, die gestörte Kommunikation zwischen Gesellschaft und Staat zu durchbrechen.

Der Theologe Frank Richter, der im Oktober 1989 in Dresden die „Gruppe der 20“ gründete, wies darauf hin, dass mehrere Gruppierungen parallel zur Demokratisierung beigetragen hätten. „Das Schöne ist, hier kann keiner den Helden spielen.“ Die Kirchen hätten eine Spiritualität der Friedfertigkeit ausgestrahlt, daraufhin geschah auch politisch-intellektuell etwas. Der Staat habe in den 40 Jahren seiner Existenz, die humanistischen Bildungsideale nicht verdrängen können – sie hätten unter der Decke der Ideologie weitergelebt.

Richter betonte darüber hinaus, dass er mit dem Begriff der protestantischen Revolution „nicht glücklich“ sei. Der Protest, der von den Kirchen ausging, sei immer „ökumenisch getragen“ gewesen, auch wenn die katholische Gemeinde in der DDR viel kleiner gewesen sei. Er forderte dazu auf, von den Kirchen im Plural zu sprechen.

Für Frank Richter ist es heute an der Zeit, dass sich die Kirchen wieder mehr auf ihren Auftrag und den Bezug zur Aktualität besinnen. Er fordert, dass die Kirchen beginnen, wieder eine Friedensdebatte zu führen – ähnlich der „Schwerter zu Pflugscharen“-Bewegung. In Zeiten von Hate-Speech und Verschwörungstheorien stünde der Humanismus zur Disposition. Es sei die Rolle der Kirchen, solche Dinge genau zu benennen und zu moderieren – in der Rolle als „ehrlicher und redlicher Moderator“. An den Werten selbst: Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung habe sich nichts geändert.

Misselwitz sprach gar von einer „neuen reformatorischen Bewegung“. Sei es vor 500 Jahren darum gegangen, der Bibel neu zu begegnen, so heute es heute darum, der Welt neu zu begegnen.

(siehe auch: Harald Bretschneider „10 Thesen als Zusammenfassung: „Kirche im Vorfeld und in der friedlichen Revolution und danach“, November 2019, Tutzing, PDF)

5. Eine protestantische Revolution?

Erinnerungen von journalistischen Beobachtern

Podiumsgespräch mit: Gerhard Rein, Hans-Jürgen Röder und Peter Pragal

Peter Pragal erhielt im März 1973 als einziger Interessent seiner Redaktion (der „Süddeutschen Zeitung“) die Zulassung für den Umzug in den Bezirk Lichtenberg, um von dort aus ab Januar 1974 als erster in Ost-Berlin lebender bundesdeutscher Korrespondent aus der Hauptstadt der DDR zu berichten. 1979 wechselte er zum „Stern“ nach Bonn. 1984 zog er als Korrespondent erneut nach Ost-Berlin, erhielt dieses Mal aber zusätzlich auch eine Dienstwohnung im Westteil der Stadt. Im März 1991 schließlich wechselte Pragal zur „Berliner Zeitung“ und arbeitete dort bis zu seinem Ruhestand im Jahr 2004.

Er beschrieb die Arbeitsbedingungen für akkreditierte Journalisten in der DDR als kompliziert. Um Termine in Institutionen zu bekommen, war er auf die Zusammenarbeit mit der Agitationsabteilung der DDR-Regierung angewiesen – oft habe das nicht funktioniert, sagte Pragal. Er arbeitete aus diesem Grund viel mit Kirchen zusammen, unterhielt sich mit Pfarrern, aber auch mit seinen Freunden in der DDR, um an Informationen aus der Lebenswirklichkeit der Menschen zu kommen.

Pragal berichtete von einem prägenden Erlebnis 1988, als er eine Umweltgruppe in Knau-Dittersdorf (Thüringen) besuchte und ihm der dortige Pfarrer Reinhard Weidner von den Umweltproblemen in

der Plothener Seenplatte durch eine Schweinezucht- und Mastanlage nahe des Ortes Quaschwitz berichtete. Pragal veröffentlichte daraufhin den Bericht „Mit Gott gegen Giftschwaden“ (nachzulesen im Buch: „Der geduldete Klassenfeind: Als West - Korrespondent in der DDR“). Er beschrieb darin giftige Dämpfe, braun-gelbe Gewässer, schmutzige Filme auf Bäumen, Pflanzen und Häusern und einen verschwindenden Wald – und die unermüdliche Arbeit eines Pfarrers, der sich gegen diesen Umweltfrevel stemmte. Nach Veröffentlichung des Berichts wurde der Pfarrer drangsalieren, ebenso seine Familie. Die Ehefrau des Pfarrers habe sich an den Bischof gewandt, der sie mit den Worten „Wir können nicht alle schützen“ abgewiesen habe. Die Familie stellte daraufhin einen Ausreiseartrag, der Pfarrer verlor seine Ordination, die Familie siedelte im Mai 1989 nach Baden-Württemberg über, wo Pfarrer Weidner einige Jahre lang als Vikar arbeiten konnte. 1992 zog die Familie nach Hessen, in der evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck durfte Weidner wieder als Pfarrer arbeiten.

Der Autor und Journalist Gerhard Rein war von 1982 bis 1990 als Korrespondent des Süddeutschen Rundfunks in der DDR tätig. Er veröffentlichte u.a. 1989 das Buch „Opposition in der DDR - Entwürfe für einen anderen Sozialismus“ sowie „Die protestantische Revolution 1987-1990“. Er ist sich sicher: „Ohne die Kirchen wäre so etwas nicht entstanden.“

Den – mittlerweile fast geflügelten – Satz Hans-Joachim Friedrichs, ein Journalist dürfe sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten, halte er für „grobem Unfug“. Auch Rein hatte während seiner Zeit in Ost-Berlin viel Kontakt mit Regimegegnern, brachte etwa die Musik-Aufzeichnungen des Ost-Liedermachers Stefan Krawczyk in den Westen um mit den fertig gepressten LP's zurück in den Osten zu kommen. An den Grenzübergängen habe er, Rein, regelmäßig die Ambivalenz und Willkür des DDR-Systems zu spüren bekommen.

Als Journalist habe er wie seine Kollegen auch „Leute unterstützt, die dem Mund nicht aufmachen durften. Sie waren für uns wichtig und wir für sie.“. Aus diesem gemeinsamen Prozess seien Freundschaften entstanden.

Rein berichtete auch vom 3. Oktober 1989 als die Züge mit den Ausreisenden aus der Prager Botschaft auf ihrem Weg in den Westen durch Dresden geleitet wurden. Rein hatte aufgrund der „Tage der neuen Musik“ von Kurt Hager die Bewilligung eines Reiseantrages nach Dresden bekommen. Dort sah er, wie Ausreisewillige an Menschen vorbeiführen, die riefen „Wir bleiben hier!“. Da habe er das Gegenteil dessen erlebt, das Adorno mit dem Satz „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“ beschrieben habe.

Mit einer Veröffentlichung von Lothar de Maizière aus dem Jahr 2005 ging Rein hart ins Gericht. De Maizière habe geschrieben, das die kirchlichen Oppositionsgruppen in der DDR einen „Gottesstaat“ hätten errichten wollen, zusammen mit einer „Bildungsdiktatur“. Rein findet dieses Urteil nicht nur falsch, sondern auch böse, denunzierend und unverschämt.

Der dritte Impuls des journalistischen Podiums kam von dem Journalisten Hans-Jürgen Röder. Er flüchtete 1954 mit seinen Eltern aus Suhl (Thüringen) in die Bundesrepublik. Ab 1975 arbeitete er als Redakteur der West-Berliner Zeitschrift „Kirche im Sozialismus“, von 1979 bis 1989 als Korrespondent des Evangelischen Pressediensts in der DDR. Er baute den epd-Landesdienst Ost auf und leitete ihn als Chefredakteur und Geschäftsführer bis zu seinem Ruhestand 2011. 2009 wurde er Mitgründer der Stiftung Friedliche Revolution in Leipzig.

Röder berichtete von den vielen Informationen, die er über die gesellschaftlichen Probleme in der DDR erhielt, weil er von den halbjährlichen Synodaltagungen der Kirche berichtete. Er sieht für die Revolution nicht nur die Oppositionsgruppen verantwortlich, sondern auch das politische Bewusstsein, dass sich unter den Christen in der DDR entwickelt habe und die damit sehr viel bewirkten, auch wenn sie zahlenmäßig weit in der Unterzahl waren.

In der Diskussionsrunde machte der Journalist Pragal noch auf einen weiteren Fakt aufmerksam: als West-Journalist, der aus dem Osten berichtete, habe man „aus der DDR für die DDR berichtet“. Erst so hätten andere Oppositionsgruppen erfahren, was andere taten.

Eine Herausforderung für alle drei Journalisten sei es gewesen, herauszufinden: Welchem Gesprächspartner kann ich vertrauen? Welchem nicht? Mit der Zeit hätten sie Erfahrungswerte gesammelt. Welche Sprache spricht der Gesprächspartner? Spricht er die Sprache des „neues Deutschland“ oder hat er eine eigene Sprachmelodie? Röder erzählt, er habe seine Gesprächspartner nachdem sie ihn besucht hätten, manchmal heimlich verfolgt um zu sehen, ob sie auf dem Heimweg kontrolliert wurden oder nicht. Wichtige Namen habe man nicht genannt, sondern auf Papier geschrieben und die Zettel hinterher in einem Aschenbecher verbrannt.

Pragal berichtete, ab den 1980er Jahren habe er auch in Interviews mit SED-Genossen einen „Prozess der Ernüchterung“ wahrgenommen („Die da oben konnten nicht mehr und die da unten wollten nicht mehr.“)

Alle Journalisten berichten auch davon, dass das Interesse der Westmedien an den Lebensrealitäten DDR oft nicht sehr groß gewesen sei. Die Lebenswelten seien zu verschieden gewesen. Das sei bis heute spürbar und erkläre ihrer Meinung auch die Schwierigkeit, beiden Teile Deutschlands heute zu einer inneren Einheit zu verhelfen.

Thierse bekräftigt am Ende der Diskussion seine Forderung nach einem Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin.

6. Hoffnungen und Enttäuschungen, Illusionen und Wirklichkeiten 1989/90

Vortrag von Prof. Dr. Richard Schröder

Prof. Dr. Richard Schröder ist emeritierter Professor für Systematische Theologie und Philosophie, der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war Fraktionsvorsitzender der SPD in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR.

Vielerorten, so höre er, würde über die Einheit als „ein Desaster“ gesprochen, habe es arge Kritik zur Einheit. Niemand stelle aber wirklich die Einheit in dem Sinne infrage als dass es etwa separatistische Bestrebungen gebe. „Wir streiten uns bloß, aber ausziehen will niemand!“, sagte er. Ihm fehlt an der Debatte um die Einheit der „Moment des Tragischen“, die Nebenwirkungen, die nicht vorher absehbar waren. Fehler seien das jedoch nicht.

Den Mauerfall beschrieb Schröder als „eine Art Sonderangebot so lange Gorbatschow an der Macht war.“ Die Devise habe also gelautet: „Schnell oder womöglich gar nicht!“. Schröder ist überzeugt, dass ein Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft auch ohne die Währungsunion gekommen wäre – zur Währungsunion habe es keine Alternative gegeben. Durch den Fall der Mauer seien alle Optionen für einen langsamen Weg zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hinweg gefegt worden.

Schröder verglich den Mauerfall vor diesem Hintergrund mit einer „Sturzgeburt“. Geschichte richte sich nicht nach Wünschen darüber hinaus hätten die Menschen 1990 nicht den Kopf frei gehabt für Verfassungsfragen, sondern hätten ganz konkrete Alltagsorgen bewältigen müssen: Was geschieht mit den Sparguthaben? Was mit dem Arbeitsplatz? Im Vergleich zur BRD habe die DDR-Wirtschaft einen Rückstand von zehn Jahren gehabt. Das Carl-Zeiss-Werk in Jena etwa habe jeden Tag eine Million Ostmark an Defiziten eingefahren. Eine Einheit war schon allein aus diesen Gründen unumgänglich.

Nach der Wiedervereinigung hätten die Ostdeutschen freilich die größten Umstellungsleistungen vollbringen müssen.

Was man aber auch sagen müsse: Im Vergleich zu den anderen ehemaligen Ostblock-Ländern steht das Gebiet der früheren DDR heute wirtschaftlich am besten da. Ein Manko seien allerdings die fehlenden Investitionen in Forschung und Entwicklung.

7. „Wende“? „Umbruch“? „Zusammenbruch“? „Friedliche Revolution“? 1989 im Streit der historischen Interpretationen

Vortrag von Prof. Dr. Christina Morina

Prof. Dr. Christina Morina ist Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld. Sie hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Die Erfindung des Marxismus“.

Morina begann ihren Vortrag, in dem sie sich auf die Rede Frank-Walter Steinmeiers vom 9. Oktober 2019 bezog, zum 30. Jahrestag der großen Montagsdemonstration in Leipzig. Darin zeichnete er die Demokratisierungsgeschichte der Deutschen nach 1989 nach – und ging auch auf den Stimmungswandel ein. (*„Ja, der 9. Oktober ist ein großer Tag für die deutsche Geschichte. Aber ich will, ich muss mit dem Heute beginnen. Denn bei meinen Reisen durch Deutschland – gerade in Gegenden, die sonst kaum im Mittelpunkt stehen – treffe ich immer wieder auf Menschen, denen wenig nach Feiern zumute ist. Viel weniger noch als bei manch früherem Jubiläum. Heute, 30 Jahre nach jenem 9. Oktober, sehe ich vor mir ein starkes, aber ich sehe auch ein in Teilen verunsichertes Land. (...)“*) Zum Ende der Rede forderte Steinmeier ein neues Nachdenken über Runde Tische. (*„Und – warum eigentlich nicht? – lassen Sie uns anknüpfen an die Tradition der Runden Tische, an denen voller Leidenschaft, unideologisch, offen und pragmatisch Politik gemacht wurde! Lassen Sie uns Formen finden, in denen wir Beteiligung und Mitgestaltung von Bürgern lebendig werden lassen. Es gibt auf lokaler Ebene schon viele spannende Ideen. Unsere Demokratie kann dadurch lebhafter und attraktiver werden. Ja, ich glaube, es ist Zeit für neue Runde Tische in diesem Land. Nicht zur Vermeidung von Streit, aber Streit mit Regeln und mit Respekt. Runde Tische statt Dauerempörung und Hasstiraden. Das könnte ein Weg sein, um unsere Demokratie stark zu halten.“*) Der Gedanke des Runden Tisches ist für Morina wertvoll, weil er Verhandlungsmöglichkeiten auf Augenhöhe bieten kann.

Morina vertrat in ihrem Vortrag die Ansicht, dass sich in der deutschen Geschichte jahrzehntelanger Gesprächsbedarf über die Verfassung angestaut habe. Durch den Einigungsvertrag von 1990 sei der Diskussionsbedarf in die Zukunft vertagt worden. Der zivilgesellschaftliche Möglichkeitsraum habe eine Zäsur erfahren. Morina sieht Zivilgesellschaft als Demokratisierungsinstanz, als „Konfliktlösungsfähigkeiten von unten“. Aus diesem Grund sieht sie etwa Plebiszite nicht als Gefahr, in der die Verfassung aus den Angeln gehoben werden könnte, sondern als Chance zur demokratischen Kommunikation.

Die Verfassungsinitiativen, die es bis in die 1990er Jahre gegeben habe, hätten verschiedene Wertevorstellungen und soziale Prägungen gespiegelt. Die Bürgerbewegungen hätten im deutsch-deutschen Diskurs zu Repräsentation und Partizipation „ganz oben“ rangiert. Diese Debatten hätten eine hohe politische Reichweite gehabt und als Demokratisierungsinanz gewirkt.

8. „Als die Angst die Seite wechselte.“

Ein Erlebnisbericht vom 9. Oktober 1989 in Leipzig

Siegbert Schefke

Siegbert Schefke war 1986 Mitbegründer der Umweltbibliothek in Berlin und arbeitete ab 1987 als freiberuflicher Fotograf, Journalist und Kameramann für verschiedene politische TV-Magazine und westliche Zeitungen. Bevor er die Bilder der Montagsdemonstrationen in Leipzig zusammen mit seinem Freund Aram Radomsky filmte, dokumentierte er auch die Umweltzerstörung in der DDR. Er wurde jahrelang von der Staatssicherheit überwacht.

Einen bewegenden Einblick bot der freie Journalist Siegbert Schefke, als er am zweiten Tag der Tagung Filmmaterial zeigte, das er am 9.10.1989 im Taubendreck liegend von einem Leipziger Kirchturm aus heimlich aufnahm: 70.000 Menschen auf der Straße, die ohne Plakate und in lauten Sprechchören durch die Straßen ziehen. Einen Tag später wurden diese Aufnahmen im Westfernsehen gezeigt – und damit waren auch die Bürger in der DDR auf dem Laufenden, was in ihrem eigenen Land gerade passiert. Er sprach über sein Buch „Als die Angst die Seite wechselte“, in dem er seine persönliche Geschichte und die Geschichte mit den Aufnahmen aus Leipzig erzählt, die um die Welt gehen sollten.

„Ich öffne die Tür weit am Abend“

Konzert mit Gerhard Schöne, Ralf Benschu und Jens Goldhardt

Der Liedermacher Gerhard Schöne erinnerte am Samstagabend des Tagungswochenendes in einem Konzert daran, wie er sich fühlte, als viele seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger das Land verlassen wollten und sang zusätzlich zu seinem Bühnenprogramm „Ich öffne die Tür weit am Abend“ das Lied „Ein weißes Band“. Darin heißt es:

An manchen Autos weht heute ein schlohweißes Band.

Das ist das Zeichen der Leute,

die nichts hält mehr im Land.

Die uns signalisieren,

dass sie kapitulieren,

dass es nun aufgeben hier noch zu leben.

Trotzig flattert die Binde,

wie ein Vorwurf im Winde.

Ich schwöre mir heimlich und leis',

nie hisse ich weiß.

Ein schwarzes Band werd' ich hissen,

ich leg Trauer an.

Um alle die uns verließen,

und noch gehn irgendwann.

*Die sich gern mit uns stritten,
mit uns lachten und litten,
die das Fernweh fortwehte,
die der Wohlstand verdrehte,
die 'ne Lippe riskierten, irgendwann resignierten.
Und zogen den trennenden Strich. -
Um die traure ich.
Ein graues Band muss ich tragen,
wie ein aschendes Kleid.
Werd' nach den Gründen mich fragen. -
Warum kam es so weit?
Vielleicht sind wir mit schuldig,
sind zu lasch, zu geduldig,
leben nicht überzeugend,
fremden Willen uns beugend.
Statt uns wild aufzubäumen,
bleiben klein selbst in Träumen.
Und unsre geschlossene Tür ist ein Grund dafür.
Ein rotes Band lass ich wehen,
dass heißt ich bleib hier.
Man kann es nicht übersehen.
Damit sage ich dir:
Ich will hier was bewegen,
mich zu Ruhe nicht legen.
Nicht die Freunde verlieren.
Sie mit Mut infizieren.
Wenn ich fall' mich erheben,
und es noch nicht aufgeben.
Das Salz auf dem Brot will ich sein,
nicht Zucker im Wein.
Vielleicht knüpf ich noch ein grünes Band.
Wie find'st du das?
So ein verwegenes, kühnes,
wie das Unkraut, das Gras.
Grün kann Hoffnung anstiften,
läßt sich nie ganz vergiften.
Quillt aus Ritzen und Mauern,
wird sie einst überdauern.
Es blüht auf und vermehrt sich.
Ja -es wuchert und wehrt sich.
Es tut meinen Augen so gut,
und macht wieder Mut!*

9. Vom Freiheitskampf zum Deutungskampf – lässt sich 1989 als Mythos deuten?

Vortrag von Prof. Dr. Martin Sabrow

Prof. Dr. Martin Sabrow ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Er hat unter anderem das Buch „Erinnerungsorte der DDR“ herausgegeben.

Der Mauerfall beendete die Epoche der kommunistischen Diktatur in Europa, die 1917 mit der russischen Revolution begonnen hatte. Ähnlich der Revolten von 1968 habe mit dem Mauerfall eine Mythisierung desselben begonnen.

Sabrow meint damit nicht den Mythos-Begriff als Gegenpol von *logos*, aber als kulturwissenschaftlichen Begriff, nach dem Mythen „Ausdruck existenzieller Grunderfahrungen“ verstanden werden (vgl. Roland Barthes: Alles kann in der modernen Medienlandschaft zum Mythos werden).

Die „friedliche Revolution“ beinhalte bereits eine Mythologisierung des Begriffs, aber ein Aspekt fehle dabei, so Sabrow: die Heroisierung. In der Geschichte des Mauerfalls und der Umwälzungen im Vorfeld gebe es keine Führungsfigur und keinen Helden, der alleine stehen könne. Dafür gebe es viele Gestalten, die eine wichtige Rolle gespielt hätten: der Appell von Kurt Masur. Die Polizisten Harald Jäger und Edwin Görlitz am Grenzübergang Bornholmer Straße oder der Pfarrer Christian Führer – um nur wenige Namen zu nennen.

Sabrow stellt eine eher „schamgrundierte als stolzgrundierte Erinnerungskultur“ in Deutschland fest. Hierzulande werde eher Opferkultur kultiviert. Sabrow erwähnte Herfried Münkler, der Deutschland als „mythenfreie Zone“ beschrieben habe. Münkler habe das zum einen damit belegt, dass der 9. November ein geschichtsträchtiges und teilweise schwer belastetes Datum ist (Fall der Berliner Mauer, Reichspogromnacht, Hitlerputsch und Novemberrevolution – Ausrufung der ersten deutschen Republik durch Philipp Scheidemann). Außerdem beruhe der Fall der Mauer auf einer rein ostdeutschen Erfahrung. Sabrow sagte an dieser Stelle: Münklers Annahme greift zu kurz!

Ein Mythos wirke dann integrierend, wenn er nicht als solcher erkannt werde – und das sei hier der Fall, so Sabrow. Mythisierung entstehe durch mehrere Momente:

1. Mythisierung durch Harmonisierung. Erste Interpretationen des Mauerfalls glaubten an einen dritten Weg – neben Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und Fortbestehen der DDR. Jedoch wurde aus dem dritten Weg nichts. Mehrere Ereignisse wussten das zu verhindern, darüber hinaus wurde ein identitätsstiftender Glaube an einen erneuerten Sozialismus schnell zu einem Grund für Scham. Außerdem brachte er keinen Erinnerungsort hervor.

Sabrow sagte, der Aufruf in Berlin am 26.11.1989 sei wohl noch wichtiger gewesen.

Weiterer Punkt: die Deutung des Mauerfalls geschah über die Wiedervereinigung – genau das sei heute das Problem, dass Mauerfall und Wiedervereinigung heute zusammen genannt werden.

2. Mythisierung durch Aneignung. Dass die Mauer geöffnet werden würde hatte niemand geplant und niemand vorausgesehen. Die Oppositionsgruppen waren zahlenmäßig absolut in der Minderheit und die Machthabenden verzichteten darauf, die Revolution niederzuschlagen. Die Geschehnisse bereiteten den Boden für etliche Verschwörungstheorien, etwa die der Verschwörung Gorbatschows gegen Honecker.

Die Revolution sei ohne Revolutionäre über die Bühne gegangen, sagte Sabrow. Es sei zu keinem Massenexodus gekommen. Die erste Forderung der Oppositionsgruppen habe nicht Wiedervereinigung, sondern Erneuerung gelautet.

Der Mauerfall beruhe auf einem „multikausalen Geschehen“, so Sabrow. Zu den Kommunikationspannen und Missverständnissen (Schabowskis Pressekonferenz, die ungeduldige Konkurrenz der Westmedien, die von Beobachtern zu Abbildern geworden seien), seien weitere Faktoren zusammen gekommen. Die wirtschaftliche Situation der DDR, die internationale Isolation

des Landes sowie die innere Lähmung der Parteiführung. Egon Krenz habe zwar ein „Wendemanöver einleiten wollen“, sein Handeln ähnelte aber – um in der Segelsprache zu bleiben – eher einer „kopflösen Halse“.

Auf die Debatte um den Begriff spräche für sich. Die Schriftstellerin Christa Wolf habe sich wegen der Egon-Krenz-Rede geweigert „Wende“ als Ausdruck zu benutzen und sprach stattdessen immer von „Revolution“. Der Begriff „Wende“ entwickelte sich dennoch zu der gebräuchlichsten Version, auch wenn bis heute die Begriffsgegner den –nutzern Gedankenlosigkeit vorwerfen. Was laut Sabrow jedoch nur wenigen klar wäre: Egon Krenz habe auch den Begriff der „friedlichen Revolution“ aufgeworfen. Dieser Begriff habe sich schnell von Krenz emanzipiert und werde heute im Bildungsrahmen angewendet, während „Wende“ eher der Alltagssprache zuzuordnen sei. Die Zugehörigkeitsverhandlungen dauerten bis heute an.

3. Mythisierung der Zäsur. Hier führte Sabrow die AfD-Rhetorik an, die auf den Parolen der Ende-DDR aufbaue und versuche, sie anzueignen. Jedoch: Ohne den Mut der Oppositionellen und den Handlungszwang der Regierung wäre nichts passiert.

Hinzu kommt: Nach dem Mauerfall zogen sich viele Bürgerrechtler aus den Demonstrationen zurück, weil andere Forderungen hinzukamen: „Wir sind ein Volk“ – Einheitsforderungen, aber auch extremistische und rechtspopulistische Äußerungen.

Sabrow fragte vor diesem Hintergrund: Kann man die AfD-Erzählung als Erbe der DDR sehen oder als Erbe ihrer Überwinder? Bisher habe er darauf keine Antwort finden können. In der Debatte im Anschluss sagte er: „Der heutige Rechtspopulismus hat keine Version, sondern ein Feindbild“. Aus diesem Grund sollte man ihn weder pädagogisieren, noch verniedlichen.

Sabrow schlussfolgerte seinen Vortrag: „Die Revolution konnte nur deshalb so erfolgreich sein, weil sie von keiner beteiligten Gruppe als solche erkannt wurde.“ Heute bildeten „wir alle uns unser 1989“, denn jeder und jede habe eigene Aneignungsversuche an das Geschehen. Zeitgeschichte sei keine exakte Wahrheit, sondern umfasse immer unterschiedliche Perspektiven. („Geschichte ist keine Lehrmeisterin, sondern ein Spiegel unserer Aktualität.“)

Er forderte darüber hinaus eine geschichtliche Analyse „ohne moralischen Zeigefinger“.

10. Sieger oder Verlierer oder beides? Die Ostdeutschen und ihr Blick auf 89/90 und auf ihre Lage heute

Gespräch mit Christoph Dieckmann

Christoph Dieckmann ist Autor und Journalist. Er arbeitet u.a. für „Die Zeit“ in Berlin. Zu Beginn erzählt er seinen Mauerfallmoment – während er in Genf war. Zuvor sei er „Revolutionsflaneur“ gewesen. Er war am 4.11. auf der Demonstration auf dem Alexanderplatz dabei. Am 5.11. habe er eine Reise gen Süden angetreten: erst nach Luzern, dann nach Mailand und schließlich nach Genf und Basel. Erst nach dem 9.11. sei er wieder zurück in Berlin gewesen.

Zwei Dinge sind es, die ihn als Ostdeutschen in den Erzählungen über den Mauerfall heute mit Unmut erfüllen. Zum einen das Verschmelzen der verschiedenen geschichtlichen Ereignisse im allgemeinen Geschichtsgedächtnis. Immer wieder würden der 09.10., 4.11. oder 9.11.1989 und der 03.10.1990 miteinander verwechselt oder in einen Topf geworfen.

Zum anderen wollten Ostdeutsche heute nicht mehr nur die Geschichte des Jubels hören, sondern vor allem die Geschichte der Nachwendezeit, weil sie für die Menschen im Ostteil um ein Vielfaches prägender gewesen sei. Einer der gewichtigsten Gründe für die heutige Unzufriedenheit sei die Ent-Industrialisierung des Ostens.

Was auch immer wieder vergessen werde: Am 03. Oktober 1990 seien „zwei Deutschlands“ miteinander vereinigt worden. Dieckmann sieht 1989 als „Beginn einer neuen Problemlage, nicht als Ende einer Ära“.

Dorothea Grass
Evangelische Akademie Tutzing
im Dezember 2019